



*Liebe Mitglieder und Freunde,*

### **Schüler-Union: Aufklärung statt Abtreibung**

Der Bundesvorsitzende der Schüler Union Deutschlands, Younes Ouaqasse und der Landesvorsitzende Hessen der Schüler Union, Stephan Klenner erklärten in einer Pressemitteilung vom 1.7.2008 u.a.: „2007 wurden 116.871 Abtreibungen an das Statistische Bundesamt gemeldet. Der Anteil der Minderjährigen unter den Frauen, die abgetrieben haben, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Diesen Zustand können wir nicht gutheissen! Die Bundesregierung muss ihrer durch das Bundesverfassungsgericht auferlegten Nachbesserungspflicht im Abtreibungsstrafrecht endlich nachkommen! Daher fordert die Schüler Union, dass in der Schule und besonders im Sexualkundeunterricht intensiv über die finanziellen und sozialen Hilfsangebote für junge Mütter informiert wird. (...) Organisationen, die an Abtreibung verdienen, wie beispielsweise 'Pro Familia' sollen ihre Beratungstätigkeit einschränken. Auch müssen im Sexualkundeunterricht die Gefahren posttraumatischer Störungen sowie die möglichen körperlichen Folgen einer Abtreibung für die Frau (z.B. ein höheres Brustkrebsrisiko) stärker thematisiert werden.

Schülerinnen, die während ihrer Schulzeit schwanger werden, muss die Möglichkeit offen stehen, die Schule weiterhin zu besuchen. Die Kosten für eine Tagesmutter sind Schülerinnen daher von den Ländern zu erstatten. (...) Mehr: [www.schueler-union.de](http://www.schueler-union.de)

**Kommentar KALEB:** Bravo! Die Jüngsten der Union – eine Hoffnung! Möge sich die „Mutterpartei“ daran ein Beispiel nehmen! Wir haben den Initiatoren sofort herzlich gedankt.

### **Anwendungsfrist für Abtreibungspille soll um 14 Tage verlängert werden**

In dem Artikel „Wahlfreiheit zum Töten“ verurteilt der Vorsitzende der Juristenvereinigung Lebensrecht, Bernward Büchner, diese neue Regelung. Hier ein Auszug:

Wie man das Bewusstsein vernebeln kann, zeigt einmal mehr die Bezeichnung der Tötungspille als Medikament, selbst innerhalb der Ärzteschaft. Dieses Menschenvernichtungsmittel soll ab 1. Juli 2008 europaweit zwei Wochen länger anwendbar sein als bisher. (...) Dies erstaunt zunächst einmal deshalb, weil bisher davon ausgegangen worden ist, dass die Wirksamkeit dieser Pille nach dem 49. Tag mit jedem Tag drastisch abnimmt ([www.brigitte.de](http://www.brigitte.de)). Eine chirurgische „Nachbehandlung“ wird deshalb, wie eingeräumt, häufiger erforderlich sein. Die Verlängerung der Anwendungsfrist ändert nichts daran, dass die Bedenkzeit für die Frau bei Wahl von Mifegyne nur halb so lange dauert wie bei Ausschöpfung der gesetzlichen 12-Wochen-Frist. Sie fällt zudem in ein Stadium der Schwangerschaft, in dem die Gefahr einer unter dem Druck des sozialen und familiären Umfeldes erfolgenden übereilten Entscheidung gegen das Kind besonders groß ist. (...) Vermutlich erfolgt der Einsatz der Tötungspille auch schon auf Verdacht einer Schwangerschaft hin, ungeachtet gesundheitlicher Folgen für die Frau.

(...) Die Anwendungsfrist für Mifegyne fällt zumindest künftig in eine Phase der Schwangerschaft, in der das Zentralnervensystem des Embryos bereits ausgebildet, ein Schmerzempfinden folglich nicht auszuschließen ist. Wer bedenkt, dass bis zum Eintritt des Todes zwei Tage vergehen können und der „medikamentöse Schwangerschaftsabbruch“ ohne Narkose erfolgt, kann ihn nur als Barberei empfinden.

### **Koalition bei Spätabtreibungen weiter uneins**

Union und SPD haben sich auch beim dritten Anlauf nicht über eine erweiterte Beratungspflicht bei Spätabtreibungen verständigen können. Die SPD will indes die Beratung aller Schwangeren mit einem neuen Gendiagnostikgesetz verbessern ([www.derwesten.de](http://www.derwesten.de) vom 3.7.08)

CDU und CSU streben mit einem Gruppenantrag Korrekturen im Schwangerschafts-Konfliktgesetz an. Der eigentliche Strafgesetzbuchparagraf soll aber nicht verändert werden. Der Arzt soll künftig verpflichtet sein, die betroffene Schwangere auch über das Leben mit einem körperlich- oder geistig behinderten Kind zu informieren und sie zugleich über mögliche Unterstützungen aufklären. Auch soll zwischen Gespräch und Eingriff eine Bedenkzeit von mindestens 3 Tagen liegen. Missachtet der Arzt diese Auflagen oder kommt er der Meldepflicht nicht nach, soll gegen ihn ein Ordnungsgeld verhängt werden können.

## **Gendiagnostikgesetz-Entwurf: Bundesärzteschaft und Lebenshilfe kritisieren Beschränkung auf genetische Untersuchungen**

Seit 30. Juni liegt der Entwurf des Gesetzes vor. „Wir sehen in der Begrenzung auf die genetische Diagnostik eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung anderer Untersuchungsmethoden. Hier bedarf das Gesetz einer Ergänzung“, so der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Joerg-Dietrich Hoppe.

Mit Sorge betrachtet die Ärzteschaft, dass das Gesetz im Hinblick auf die vorgeburtlichen genetischen Untersuchungen nur einen begrenzten Bereich regelt, während für die nichtgenetischen vorgeburtlichen Untersuchungen weiterhin keine gesetzlichen Regelungen vorgesehen sind.

Die „Bundesvereinigung Lebenshilfe“ fordert, innerhalb des Gesetzes die Pränataldiagnostik (PND) als besondere Form prädiktiver Diagnostik zu erfassen, „insbesondere deshalb, weil sie die zur Zeit häufigste Form der Gendiagnostik überhaupt ist“, so die Begründung. Problematisch seien auch genetische Untersuchungen bei nicht einwilligungsfähigen Personen. (Aus: ALfA-Newsletter 30/08 vom 2.8.08)

Mehr: [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de) und [www.lebenshilfe.de](http://www.lebenshilfe.de)

## **Neue Nerven aus Hautzellen: Weiterer Fortschritt in der Grundlagenforschung mit ipS-Zellen**

Amerikanischen Stammzellforschern ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Grundlagenforschung mit „induzierten pluripotenten Stammzellen“ (ipS-Zellen) gelungen. Aus umprogrammierten Hautzellen von zwei 82 und 89 Jahre alten Schwestern, die an einer Erbkrankheit leiden, gelang es ihnen, funktionsfähige Nervenzellen herzustellen. Die Ergebnisse wurden in der aktuellen Online-Ausgabe der Fachzeitschrift Science am 31.7. veröffentlicht. Dazu der CDU-Abgeordnete Hubert Hüppe in einer Pressemitteilung vom 1.8.: „Wieder ist gezeigt worden, was Reprogrammierung erwachsener Zellen nach dem Yamanaka-Verfahren leisten kann.“ Insbesondere sei hier erreicht worden, was durch Klonen nie gelungen sei. „Die zehn Jahre dauernde Diskussion des Klonens menschlicher Embryonen, um aus ihnen solche Zellen zu gewinnen, dürfte damit am Ende sein“, so das Fazit von Hüppe. (Aus: ALfA-Newsletter 30/08 vom 2.8.08)

## **Sterbehilfe-Verbot muss kommen**

Vor dem Hintergrund des Skandals um die Beihilfe zum Suizid durch Roger Kusch und anlässlich des Bundestagsbeschlusses zur Sterbehilfe vom 4.7.08 fordert der Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe in einer Pressemitteilung vom 4.7.08 ein Sterbehilfe-Verbot. „Von der Bundesjustizministerin ist zu erwarten, dass sie die gesetzgeberischen Möglichkeiten unverzüglich prüft. Es darf keine Zeit verloren werden, in der selbsternannte Sterbehelfer ihre Organisationen ausbauen und ihr Gewerbe ausüben können.“

## **Nochmals: Herzliche Einladung zum 1000 Kreuze-Marsch Berlin am 20.9.2008**

12.00 Uhr Kundgebung am Neptunbrunnen Berlin Mitte

13.00 Schweigemarsch zur St. Hedwigskathedrale

14.00 Uhr Ökumenischer Gottesdienst

**Bitte kommen – weitersagen – gern senden wir Flyer und Plakate (info@kaleb.de)**

## **Gebetsanliegen:**

- Für die längst überfällige Überprüfung und Nachbesserung des § 218 im umfassenden Sinne
- Immer wieder: für Ausstieg der evangelischen Kirche aus dem staatlichen Scheinberatungssystem
- Für Ächtung der Tötungspille Mifegyne
- für ein neues Konzept der Sexualaufklärung – weg von der Sexualisierung der Gesellschaft
- Für zahlreiche Teilnahme an dem „1000-Kreuz-Marsch“ in Berlin am 20.9.08; dass dieser Tag ein starkes Zeichen für das Lebensrecht in Deutschland werden möge!